

1. Wir leben in keiner Demokratie

Wir leben in keiner Demokratie.

Dieser Satz muss als Provokation aufgefasst werden. Er könnte außerdem sehr unterschiedlich interpretiert werden. Beispielsweise könnten rechte Demokratiegegnerinnen und -gegner, die den Demokratiebegriff dennoch für sich beanspruchen, etwas Derartiges behaupten. Tatsächlich ist der Satz jedoch auf eine spezifische, wörtliche Weise gemeint und hat nichts mit autoritären oder verschwörungstheoretischen Umdeutungen der Demokratie zu tun. Lesende könnten aber auch meinen, der Satz besage, dass wir – in Deutschland oder generell in den Staaten, die gemeinhin als Demokratien gelten – nicht mehr in einem Rechtsstaat oder souveränen Staat leben. Doch solche meist verschwörungstheoretischen Aussagen sind damit ausdrücklich *nicht* gemeint. Das Funktionieren oder die Schwächen bestehender Rechtsstaaten sind schon deshalb nicht gemeint, da unter Demokratie etwas anderes – genauer gesagt: mehr – zu verstehen ist als nur die äußere oder innere Souveränität, die Gleichheit vor dem Gesetz, der Schutz vor staatlicher Willkür oder die Einklagbarkeit von Grundrechten. Dass die Staaten, die als Demokratien gelten (trotz diverser Grundrechtsverletzungen), prinzipiell noch Rechtsstaaten sind, soll nicht bestritten werden¹. Ebenso soll nicht verneint werden, dass etwa Deutschland ein souveräner Staat ist. Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob der *demos* (das Volk) die politische Macht innehat und der Souverän ist.

Sozialkritischere Lesende könnten hingegen annehmen, wir lebten *nicht mehr* in einer Demokratie, sondern der Höhepunkt der Demokratie sei überschritten und diese befinde sich nun im Verfall. Dabei wird etwa auf die zahlreichen Krisendiagnosen zur sogenannten liberalen Demokratie verwiesen. Dazu gehört beispielsweise die Behauptung, wir be-

1 Ausgenommen hiervon sind beispielsweise die USA.

fänden uns in einer *Postdemokratie* oder steuerten geradewegs auf sie zu². Allgemein wird diskutiert, dass die Demokratie erodiert, nur noch simuliert wird oder sich im Regress beziehungsweise in einer Devolution befindet³. Zudem wird die zunehmende Bedeutung der Exekutive gegenüber einer dysfunktionalen Legislative festgestellt, Autoritarismus und Faschismus gewinnen an Boden⁴, und Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht mehr angemessen repräsentiert⁵. Dies führt zum Beispiel dazu, dass Kandidierende aus dem Spektrum des Extremismus oder Autoritarismus als Abgeordnete und Staatsoberhäupter gewählt werden⁶. In diesem Zusammenhang wäre der Satz »Wir leben in keiner Demokratie« eine Überspitzung der Krisendiagnose. Demzufolge befände sich die »liberale Demokratie« nicht nur in einer Krise und könne deshalb gerettet oder revitalisiert werden, sondern sei vor Kurzem verstorben; wir würden nur noch ein totes Pferd reiten. Doch auch ein solcher Verfall oder Tod der Demokratie ist hiermit nicht gemeint, obgleich diese Krisendiagnosen des Verfalls des Staatswesens, das wir derzeit »Demokratie« nennen, durchaus wichtige und richtige Aspekte ansprechen. Der Punkt, den der Satz »Wir leben in keiner Demokratie« machen will, ist aber fundamentaler als eine zeitdiagnostische Kritik. Denn er bedeutet tatsächlich, was dort steht: dass wir in keiner Demokratie leben – nicht, dass wir es *nicht mehr* tun oder *gerade damit aufhören*, es zu tun.

-
- 2 Vgl. Crouch, Colin: *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008; ders.: *Postdemokratie revisited*, Berlin: Suhrkamp 2021.
 - 3 Vgl. Calhoun, Craig/Parameshwar Gaonkar, Dilip/Taylor, Charles: *Zerfallerscheinungen der Demokratie*, Berlin: Suhrkamp 2024; Selk, Veith: *Demokratiedämmung. Eine Kritik der Demokratietheorie*, Berlin: Suhrkamp 2024; Schäfer, Armin/Zürn, Michael: *Die demokratische Regression*, Berlin: Suhrkamp 2022; Przeworski, Adam: *Krisen der Demokratie*, Berlin: Suhrkamp 2021; Manow, Philip: *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*, Berlin: Suhrkamp 2020; Blühdorn, Ingolfur: *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin: Suhrkamp 2013.
 - 4 Vgl. Norris, Pippa/Inglehart, Ronald: *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge: Cambridge University Press 2019; Albright, Madeleine: *Faschismus. Eine Warnung*, Köln: Dumont 2019.
 - 5 Vgl. Diehl, Paula: »Demokratische Repräsentation in der Krise«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40–42(2016), S. 12–17.
 - 6 Vgl. Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel: *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München: DVA 2018.

Denn gemeint ist, dass das, was wir heute als moderne, repräsentative oder liberale »Demokratie« bezeichnen, keine Demokratie im wörtlichen oder ursprünglichen Sinne ist.

Die Diagnosen zur Krise der Demokratie beziehen sich dagegen für gewöhnlich speziell auf die »liberal-repräsentative Demokratie« in ihrer momentanen (post-)modernen Form, die sich gewiss in der Krise oder im Verfall befindet. Das spricht aber auch dafür, abseits des liberalen Demokratiemodells – dessen demokratischen Gehalt wir im Folgenden hinterfragen werden – alternative demokratische Praktiken zu entwickeln⁷.

Wird gegenwärtig über Demokratie gesprochen, wird darunter üblicherweise eine Staatsform – oder auch eine Lebensform – verstanden, die höchste politische Legitimität besitzt, da sie verschiedene Formen der Freiheit und Gleichheit schützt und sich auf das Volk als politische Macht-, Souveränitäts- oder Legitimationsquelle bezieht. In der Moderne wird dafür häufig das Prinzip der Volkssouveränität herangezogen. Die vage Definition der modernen Form dessen, was heute als »Demokratie« gilt, wird in politikwissenschaftlichen Lexika oder Einführungsbänden meist folgendermaßen präzisiert: »Genauer wird zwischen repräsentativer Demokratie (in der gewählte Abgeordnete das Volk »in seiner Gesamtheit vertreten«) und direkter Demokratie [...] unterschieden.«⁸ Dabei ist die sogenannte repräsentative Variante bekanntlich so institutionalisiert, dass das Volk nicht selbst politische Macht oder Herrschaft ausübt. Vielmehr gibt es sie an Repräsentanten und Repräsentantinnen sowie an politische Parteien per Wahlakt ab. Dies wird außerdem dem Rechtsstaatsprinzip unterworfen; die Machtausübung ist durch Gewaltenteilung charakterisiert und beschränkt. Während die »direkte Demokratie« das unmittelbare Abstimmen und Entscheiden und damit eine kollektive Selbstbestimmung ermöglicht, kann die »repräsentative Demokratie« diese Gleichsetzung und politische Gleichheit nicht für sich beanspruchen⁹.

7 Vgl. Voß, Jan-Peter/Schözel, Hagen: *Fabrikation von Demokratie. Baustellen performativer politischer Repräsentation*, Wiesbaden: Springer 2024, S. 3–27.

8 Zit. Schubert, Klaus/Klein, Martina: »Demokratie«, in: Dies.: *Das Politiklexikon*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 72020, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17321/demokratie> (Stand: 07.08.2024).

9 Vgl. Lenk, Kurt: *Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Grundpositionen einer Kontroverse*, Stuttgart u.a.: W. Kohlhammer 1972, S. 11–14.

Was in politischen (und meist auch wissenschaftlichen) Diskursen als Demokratie akzeptiert wird, umfasst eine große Bandbreite und Vielseitigkeit verschiedener, oft einander gar widersprechender Systemtypen, die mit allerlei Attributen versehen werden, wie *repräsentativ, modern, liberal, kapitalistisch, sozialistisch, radikal, direkt, wild, defekt, global, supranational, national* oder wahlweise *robust* und *wehrhaft*. Diese Varianten haben jedoch nur wenig gemeinsam. Schon deshalb ist es fraglich, ob der jeweils verwendete Demokratiebegriff überhaupt adäquat oder zu beliebig ist. Das hängt vor allem mit der normativen Kraft des Demokratiebegriffs zusammen. Diese Kraft zeigt sich darin, dass sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts diverse Staaten als Demokratien bezeichnen – selbst solche, die gemäß dem Standard der ›repräsentativen Demokratie‹ als autoritär oder diktatorisch gelten –, um das jeweilige System rhetorisch zu legitimieren. Das spricht für eine begriffliche Verwischung der Demokratie, da es sich um eine Staatsform handelt, die in der Weltöffentlichkeit höchste Legitimität genießt, sodass sich fast jeder Akteur als demokratisch bezeichnen möchte. Deutlich wird dies im Zeitalter der Krise der ›Demokratie‹ durch die Appelle staatlicher Akteure und vieler Leitmedien. Oft bleibt es bei Lippenbekenntnissen, die tatsächlich in einer hilflosen liberalen Selbstvergewisserung das Verlorene oder Gefährdete noch einmal heraufbeschwören. Wir versichern uns immer wieder, wie wichtig die ›Demokratie‹ und ihre Verteidigung sind. Dadurch wird die Debatte über den Zustand und das Wesen der ›Demokratie‹ jedoch abgekürzt. Gleichzeitig sind die wissenschaftlichen und medialen Diskurse über Futurisierung und Weiterentwicklung der Demokratie überaus lebendig. Aktivistisch formulierte Bestseller über die Rettung der Demokratie oder die Demokratisierung der Demokratie überschwemmen den Buchmarkt ebenso wie die dazugehörigen Krisendiagnosen. Wir berufen uns also dauernd auf die Demokratie, und viele Menschen wollen sie offensichtlich weiterentwickeln. Doch allzu oft bleiben es nur Worthülsen ohne konkrete Wirkung. Das liegt einerseits daran, dass politische Machthabende oder Herrschende zwar die gesellschaftlichen Multikrisen und den Vertrauensverlust in Parteien und Eliten wahrnehmen, aber dafür keinesfalls ihre Macht verringern beziehungsweise teilen und auf Privilegien verzichten wollen. Dadurch werden ihre Appelle inhaltlich leer oder es wird signalisiert, dass das Wahlvolk, nicht aber Politikerinnen und Politiker, etwas tun müsse, um die ›Demokratie zu retten‹. Andererseits ist unklar, was wer von einer Demokratie erwartet und bereit ist, dafür zu geben.

Was ist Demokratie denn nun eigentlich, wenn wir angeblich nicht in einer solchen leben? Gibt es die eine richtige oder wahre Demokratie? Was macht sie aus? Im klassischen Athen, der »Wiege der Demokratie«, verstand man unter dem Begriff *Demokratie* die direkte Partizipation und Machtausübung eines Volkes in einem Stadtstaat, der *polis*, und nicht die Delegation politischer Macht an Repräsentierende, die anstelle des Volkes politisch handeln und gesetzgeberisch tätig sind. In gewaltenteilten Repräsentativsystemen ist das Parlament oder sind die Parlamente eines Staates der oder die Gesetzgeber. Die Legislative besteht also aus einer oder mehreren Kammern gewählter Abgeordneter, nicht aus dem Volk selbst, das somit auch nicht autonom ist, da es sich nicht selbst Gesetze gibt, sondern diese Kompetenz formal per Wahlakt an Repräsentantinnen und Repräsentanten abgibt. In der Tat: Würde ein Bürger des klassischen Athens mit »modernen Demokratien« konfrontiert werden, dann würde er diese nicht als demokratisch anerkennen¹⁰, da die politische Macht wesentlich bei Parlamenten und anderen politischen (und de facto auch wirtschaftlichen) Eliten liegt, nicht beim Volk.

Meine These – bezugnehmend auf Athen – lautet daher, dass die »repräsentative Demokratie« vielmehr ein *sui generis*, ein System eigener Art mit eigenen Charakteristika ist: eine besondere Spielart der *moderaten Oligarchie*. Es handelt sich um eine durch Verfassungsprinzipien – wie freie und gleiche Wahlen, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit – beschränkte Herrschaft von Wenigen, meist Wohlhabenden.

Wie erwähnt, weist der Demokratiebegriff heute diverse Spezifizierungen und große Ambiguitäten auf. Dies führt in der Philosophie und der Politikwissenschaft oft dazu, der Demokratie keinen dauerhaften Bedeutungsgehalt mehr zuzuschreiben und stattdessen einen Antiessenzialismus politischer und sozialer Konzepte zu befürworten¹¹.

10 Vgl. auch Féaux de la Croix, Guy: »Die Athenische Demokratie als kritisches Potenzial. Gedanken zur Relevanz der alten Geschichte«, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (KritV)*, 2(108/2025), S. 88–101, hier: S. 94f.

11 Vgl. Derrida, Jacques: *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2005, S. 45; Gallie, Walter B.: »Essentially Contested Concepts«, in: *Proceedings of the Aristotelian Society*, (56/1956), S. 167–198. So liegt seit einigen Jahrzehnten in den Sozialwissenschaften in der Zuschreibung des Essenzialismus der schwere Vorwurf, man wolle die eigenen Prämissen naturalisieren, anstatt sie als soziale und kontingente Konstrukte zu begreifen.

Es ist gewiss unbestreitbar, dass politische Begriffe als gesellschaftliche Konstrukte historische Wandlungen in Form von Umdeutungen unterliegen, sodass sie zumindest im politischen Diskurs umstritten sind, zumal gerne davon die Rede ist, dass demokratische Menschen die Demokratie selbst futurisieren oder demokratisieren sollen. Die Demokratie gilt also als kontingentes Konstrukt, das immer wieder neu erfunden werden müsse, um zu überleben, da nichts festgeschrieben ist. Daher hätten sich auch verschiedene Demokratievarianten entwickelt. Wenn aber die Behauptungen des fehlenden Bedeutungsgehalts stimmen würden, könnte kaum jemand ernsthaft behaupten, eine Person – und sei es eine noch so autokratische – sei nicht demokratisch, wenn diese Person die Demokratie für sich reklamiert. Allenfalls könnte man sagen, vermeintliche Autokratiefans hingen einer anderen, vielleicht auch schlechteren Demokratieform an. Daran sehen wir: Wenn politische Begriffe nicht nur politisch, sondern auch essenziell umstritten sein sollten, werden sie beliebig, verlieren ihre Klarheit und sind für die politische, mindestens aber für die wissenschaftliche Einordnung unbrauchbar. Sie wären dann lediglich wichtig für das rhetorische Framing und die willkürliche Abgrenzung von Gut und Böse.

Daher sollten wir – entgegen der antiessenzialistischen Hegemonie in den Geistes- und Sozialwissenschaften – an die Demokratie mit einer spezifischen Form des Essenzialismus herangehen. Denn der Begriff als Staats- und/oder Lebensform hat ein Wesen und muss ergo einen Wesenskern haben, wenn er *nicht beliebig* und *gültig* sein will. Ansonsten ist er nicht nur unscharf und in seiner Bedeutung umstritten, sondern wert- und bedeutungslos. Die Wesenseinschreibung in den Begriff *Demokratie*, von der die Rede ist, ist aber nicht naturalisierend, da es sich bei jedem politischen System um soziale Konstrukte und daher um nichts Natürliches handelt. Wer der *Demokratie* (aus dem Begriff heraus) Prinzipien einschreiben will, soll zwar von historischen Wandlungen, der politischen Umstrittenheit von Begriffen und Normen ausgehen. Wir müssen dafür aber keinesfalls annehmen, dass sich deswegen nichts über den eigentlichen Wesenskern der Demokratie aussagen lässt.

Die Ursprünge der genannten Ambiguitäten liegen in der Transformation von der klassischen zur ›modernen Demokratie‹. Diese Wandlung war jedoch keine kontinuierliche Weiterentwicklung, Verbesserung oder Evolution, wie es gerne seit dem Aufkommen der ›mo-

deren Demokratie« als Konzept behauptet wird¹². Stattdessen war die Transformation und Modernisierung der »Demokratie« die Entwicklung eines neuen Systems, das mit dem Etikett *Demokratie* versehen wurde. Die daraus resultierende »repräsentative Demokratie« hat nämlich kaum etwas mit der klassischen Demokratie gemein – nur einen vagen Bezug auf das Volk als irgendwie geartete Quelle politischer Legitimität.

Dieser ideengeschichtliche Kontext der Debatten über die normative Bedeutung und Wandlung der Demokratie offenbart einen inneren Widerspruch im Begriff der *repräsentativen Demokratie*, der die politische Partizipation sowie verschiedene Formen von Gleichheit und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger betrifft. Während in den Demokratien der griechischen *poleis* (wie Athen) im fünften und vierten Jahrhundert vor Christus die Bürger *in persona* in einer Volksversammlung politisch entschieden, werden im modernen Repräsentativsystem die Bürgerinnen und Bürger von gewählten Abgeordneten politisch repräsentiert; die politische Handlungsmacht der Bürgerschaft ist dabei weitgehend auf den Wahlakt reduziert. Den Rest (wie die Gesetzgebung) übernehmen Berufspolitikerinnen und -politiker. Die Einflussmöglichkeit des Volkes besteht nun primär in der Repräsentantenwahl, statt darin, selbst über das eigene Gemeinwesen zu bestimmen¹³. Die »repräsentative Demokratie« kombiniert somit zwei widersprüchliche Prinzipien: die egalitäre Mitbestimmung sowie Teilhabe einerseits und die Rekrutierung einer politischen Elite per Wahlakt andererseits. Der Politikwissenschaftler Bernard Manin betont, dass die »repräsentative Republik« in ihrem Kern – etwa bei James Madison oder Emmanuel Joseph Sieyès Ende des 18. Jahrhunderts – als expliziter Gegenentwurf zur Demokratie gedacht war¹⁴. Zeitgenössische Anhänger der »repräsentativen Republik« verstanden diese als dezidiert anti- oder undemokratisch. Gleichwohl gelten die USA, deren Verfassung von solchen Demokratiekritikern geschrieben wurde, heute als älteste »moderne Demokratie« – zumindest auf dem Papier. Das wird mit der rechtlichen Gleichheit, den negativen Freiheiten des Individuums und den repräsentativen Elementen

12 Vgl. anstatt vieler Vorländer, Hans: *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien*, München: C.H. Beck³ 2019.

13 Vgl. Keane, John: *The Life and Death of Democracy*, London u.a.: W W Norton & Co 2009, S. 161f.

14 Manin, Bernard: *Kritik der repräsentativen Demokratie*, Berlin: Matthes & Seitz 2007, S. 7–14.

begründet. So werden unterschiedliche Macht- und Herrschaftsformen mit demselben Etikett – der *Demokratie* – versehen.

Der einleitende Satz lässt sich nun konkretisieren: *Moderne repräsentative Regierungen sind nicht demokratisch*. Denn moderne Repräsentativsysteme, die Elemente der Repräsentation und die aristokratische Rekrutierung des politischen Personals durch Wahlen verbinden, stellen keine Weiterentwicklung der Demokratie dar, sondern eine elitäre Alternative. Letztere bedeutet eine fundamentale Umdeutung der Demokratie. Selbst wenn man annähme, dass die Demokratie kontingent sei, bliebe es immer noch eine demokratietheoretische Verrenkung, zwei so unterschiedliche Systeme unter denselben Begriff zu subsumieren. Wir leben also in keiner Demokratie, in der die Bürgerschaft autonom und egalitär ist. Der Begriff der *repräsentativen Demokratie* ist ein Oxymoron¹⁵. Hierdurch erkennen wir, dass der Demokratie zwar aus verschiedenen Gründen zu Recht ein hoher Wert zugeschrieben wird, die ›repräsentative Demokratie‹ die ursprünglichen demokratischen Versprechen (der Antike) jedoch nicht erfüllen kann.

Außerdem durchläuft das Demokratiekonzept, so der Politikwissenschaftler Robert Dahl, gegenwärtig eine dritte Transformation: Während sich im Zuge der bürgerlichen Revolutionen die ›Demokratie‹ von der Polis-Demokratie zur repräsentativen Form im Nationalstaat wandelte – denn eine zentrale Versammlungsdemokratie ist darin geographisch unmöglich –, transformiert sich der Demokratiebegriff nun abermals: zur ›supranationalen oder globalen Demokratie‹¹⁶. Dabei räumt Dahl ein, dass mit jeder Transformation zu einer größeren raumpolitischen Einheit die bürgerschaftliche Mitbestimmung als entscheidendes Element der Demokratie sinken muss. Denn es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Größe des Staates und dem Umfang bürgerschaftlicher Mitbestimmung. Mit zunehmender Ausdehnung des Territoriums und wachsender Bevölkerung kommt es zur Minimierung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Zudem wird es zunehmend schwieriger, solche Gebilde im Sinne einer demokratischen Gleichheit oder eines gemeinsamen politischen

15 Vgl. Dingeldey, Philip: *Von unmittelbarer Demokratie zur Repräsentation. Eine Ideengeschichte der großen bürgerlichen Revolutionen*, Bielefeld: transcript 2022, S. 14–18.

16 Vgl. Dahl, Robert A.: *Democracy and its Critics*, New Haven/London: Yale University Press 1989, S. 18–26/217–220.

Grundkonsenses zu gestalten¹⁷. Damit verbunden sind gegenwärtige Diskussionen über den Gehalt der Demokratie und den Rückgang bürgerschaftlicher Partizipation, etwa im Rahmen der Debatten um die Erweiterung, das Erodieren oder eine Staatswerdung der Europäischen Union (EU).

Meine Kritik am Repräsentativsystem orientiert sich an der These des Philosophen Jean-Jacques Rousseau, dass die Repräsentation die Abgabe von politischer Freiheit bedeutet¹⁸. Dabei soll nicht einfach der Befund aufgestellt werden, dass die ›repräsentative Demokratie‹ ein Oxymoron und zugleich ein Euphemismus für eine moderate Oligarchie ist, dass wir also lediglich falsch benennen und klassifizieren. Vielmehr soll ein Demokratieverständnis vertreten werden, das sich an der klassisch-griechischen Demokratie orientiert und dabei versucht – abseits des historischen Kontextes (und der historisch bedingten Mängel antiker Demokratien) –, die Kernelemente der Demokratie auszumachen. Das ist nicht als Naturalisierung eines politischen Konstrukts zu verstehen, sondern als Beurteilung der Demokratie anhand des Ursprungs des Konstrukts, das heißt, an der Wurzel von Wort und Konzept.

Ein solches Demokratiebild werde ich daher in den kommenden beiden Kapiteln entwerfen und mit der ›repräsentativen Demokratie‹ kontrastieren, um mein Demokratiemodell als begrifflich korrekt und politisch vorzugswürdig darzulegen. Dieses Modell nenne ich die *Demokratie klassischen Antlitzes*. Dazu muss zunächst die klassische Demokratie im Groben dargestellt werden. Darum geht es im zweiten Kapitel. Aus dieser Darstellung lassen sich im dritten Kapitel ursprünglich-demokratische Ansprüche abstrahieren. Was die daraus folgende *Demokratie klassischen Antlitzes* ist, welche Elemente zu ihr gehören und warum dies nicht nur die begrifflich richtige, sondern ferner auch erstrebenswerte Demokratie ist, soll auf diese Weise gezeigt werden.

17 Vgl. Jörke, Dirk: *Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation*, Berlin: Suhrkamp 2019, S. 10f.; vgl. auch Dingeldey, Philip: »A fourth transformation of democracy? Liquid democracy, supra-national democracy, and the fate of participation«, in: *Law, Democracy and Development*, (23/2019), S. 181–201, hier: S. 185.

18 Vgl. Rousseau, Jean-Jacques: *Œuvres Complètes, Bd. 3: Du Contrat Social/Écrits Politiques*, Paris: La Pléiade 1964, S. 368/429f.

Deutlich wird dabei der Unterschied, dass die Demokratie ursprünglich die direkte Selbstbestimmung des Volkes in einer Versammlung bedeutet, wobei den Magistraten eher administrative, ausführende und streng kontrollierte Kompetenzen verliehen werden. Die meisten Posten wurden gelost, und die Basis war die Volksversammlung. Dazu mussten Bevölkerung und Staatsraum klein genug sein, damit die Bürgerschaft sich versammeln konnte. Dabei soll auch dargelegt werden, wie die Demokratie als Ideal der freien und gleichen politischen Selbstgesetzgebung zu verstehen ist. Repräsentation dagegen wurde im Mittelalter und in der frühen Neuzeit als eine Methode aufgefasst, die zunächst symbolisch als Mittler zwischen Gott und Glaubensgemeinschaft agieren sollte. Später wurde es als symbolische, virtuelle Repräsentation der Bevölkerung oder ständischer Interessen verstanden, die akklamatorisch und aristokratisch war und somit die ständischen Hierarchien wiedergab¹⁹. Die daran anschließende moderne Repräsentation, die ihren ständischen Ursprung nicht negieren kann, stammt aus den bürgerlichen Revolutionen, die den Übergang von Ständevertretung zu Volksvertretung markieren.

Angesichts des Regresses der gegenwärtigen Repräsentativsysteme stellt sich zusätzlich die Frage, wie eine *Demokratie klassischen Antlitzes* heute aussehen könnte. Denn pragmatische Argumente gegen eine Versammlungsdemokratie – insbesondere, dass bei der Größe moderner Nationalstaaten oder supranationaler Gebilde zentrale Volksversammlungen unmöglich sind – sind zweifellos korrekt. Deshalb treten wir im vierten Kapitel einen Schritt zurück. Der Befund lautet, dass wir (mit wenigen Unterbrechungen in historischen Umbruchphasen) bereits seit dem Untergang der klassisch-griechischen Demokratien in Postdemokratien leben. Die klassische Demokratie lässt sich aber nicht wiederherstellen, ohne die gesamte politische Weltordnung umzuwerfen. Daher stellt sich die Frage, wie ein elitäres System im Sinne der *Demokratie klassischen Antlitzes* teildemokratisiert werden kann, um Aspekte der Demokratie zu retten und zu reaktivieren. Denn wenn wir Demokratinnen und Demokraten sein wollen, genügt der Befund nicht, dass sich Repräsentation und Demokratie widersprechen. Vielmehr bedarf es einer aktiven Demokratisierung. In diesem Zusammenhang

19 Vgl. Keane: *The Life and Death of Democracy*, S. 166–168/183–193/249–252; Pitkin, Hanna F.: *The Concept of Representation*, Berkeley: University of California Press 1967, S. 144–148.

beziehe ich mich vor allem auf historische Vorbilder republikanischer Denker, die sich für klassisch-demokratische, egalitärere und partizipativere Formen des Nationalstaats einsetzten. Solche Akteure fungierten häufig als Diskursgegner jener Elitetheoretiker, die unser heutiges Repräsentativsystem entwickelt haben und sich selbst offen als demokratiekritisch verstanden haben²⁰. Deshalb bietet es sich an, diese egalitäreren Alternativen näher zu betrachten. Denn diese alternativen politischen Denker und Philosophen waren mit den sich herausbildenden, modernen protokapitalistischen Nationalstaaten konfrontiert, hatten oft ein klassisches Demokratieverständnis und versuchten – jedoch meist erfolglos –, im Übergang zur Moderne einige demokratische Elemente zu retten. Vielleicht ist es an der Zeit, sich von einigen halb vergessenen Ideen zur Institutionalisierung demokratischer Elemente inspirieren zu lassen. Ein Fazit rundet das Ganze ab.

20 Vgl. zur historischen Transformation der Demokratie von der antiken Demokratie zum Repräsentativsystem Manin: *Kritik der repräsentativen Demokratie*; Dingeldey: *Von unmittelbarer Demokratie zur Repräsentation*.